



**AUF AUGENHÖHE** Wie sich die mittelständische Brillenfirma Uvex als Trendmarke neu erfindet **ENABLE**



DAX	-0,4 %	10J US-T	+0,059
7077		3.380	
EuroStoxx50	+0,0 %	€ in \$	+0,0077
2954		1.3688	
10J Bund	+0,007	Nikkei	-1,2 %
5.155		10238	
Dow Jones	+0,4 %	Brent Oil*	+1,45
11867		100,85	
Nasdaq	+0,4 %	Gold	-6,85
2697		1329,90	

Veränderung zum Vortag  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21.30 Uhr MEZ

# FINANCIAL TIMES

## DEUTSCHLAND

**DIENSTAG**  
1. FEBRUAR 2011  
2,10 €

www.ftd.de

### US-Einblick in Bankdaten unterschätzt

Swift-Vertrag erlaubt Zugriff auf Überweisungen in der EU

Claus Hecking, Brüssel

Das transatlantische Bankdatenabkommen Swift gewährt US-Terrorfahndern tiefere Einblicke in die Finanzen Tausender Europäer als bekannt. Wie die EU-Kommission auf FTD-Anfrage einräumte, können die USA auf Überweisungen von einem EU-Land ins andere zugreifen, wenn sie über das System Swiftnet Fin erfolgen. Auch ein Sprecher des Finanzdienstleisters Swift bestätigte dies. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) etwa hatte behauptet, innereuropäische Überweisungen würden vom Swift-Vertrag generell nicht erfasst.

#### Systemumstellung hakt

Tatsächlich schützt das Abkommen nur Daten, die über den 2008 eingeführten einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraum (Sepa) laufen. Swift wickelte 2010 aber noch monatlich 200 Millionen Transaktionen in der Region Europa/Naher Osten/Afrika über Swiftnet Fin ab. Für eine Transaktion nach Sepa-Standard müssten ihn Absender- und Empfängerbank einführen. Kleinere Institute und Sparkassen tun sich aber schwer mit der komplexen und teuren Umstellung, die laut EU bis 2013 erfolgen soll.

Die genaue Zahl der von einer Weiterleitung betroffenen Überweisungen ist unklar. Die Daten können nach Freigabe durch Europol und einen EU-Kontrollleur an die USA gegeben werden. Deren Behörden prüfen Geldströme unter dem im Juni 2010 geschlossenen Swift-Vertrag auf mögliche Terrorfinanzierung. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums bestätigte den möglichen Datentransfer. Er betreffe aber nur Ausnahmen wie Großbetragszahlungen von Bank zu Bank oder sogenannte Blitzüberweisungen, sagte er.

#### Ahnungslose Parlamentarier

Der unterschiedliche Umgang mit den Daten überrascht auch EU-Abgeordnete. Die Verhandlungsführer der Sozialisten und Liberalen, Birgit Sippel und Alexander Alvaro, hatten ihr Ja zu dem lange umstrittenen Swift-Abkommen unter anderem damit begründet, dass den USA innereuropäische Überweisungen vorenthalten würden. „Der Unterschied war mir unbekannt“, sagte Alvaro der FTD. „Ich bin davon ausgegangen, dass wir viel weiter im Sepa-Umstellungsprozess fortgeschritten sind.“

Entdeckt hat die Datenlücke der unabhängige EU-Parlamentarier Martin Ehrenhauser. Auf seine Anfrage hin hatte EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström die Differenzierung zwischen Sepa- und Swiftnet-Fin-Daten angedeutet. „Die Bedingung Europas, dass innereuropäische Überweisungen ausgenommen sind, ist nicht erfüllt“, sagte Ehrenhauser. „Die Verhandlungen müssen neu gestartet werden.“

## Militär rückt von Mubarak ab

Streitkräfte erklären Forderungen der Demonstranten für legitim // Konzerne fliehen aus Ägypten



Despotendämmerung: Gestern Morgen sammeln sich erneut Tausende Demonstranten auf dem Tahrir-Platz im Zentrum Kairo. Die Unruhe im Land schreckt Firmen auf

Marcell Haag, Hamburg, und Simon Book, Berlin

Eine Woche nach Beginn der Proteste in Ägypten hat sich das Militär erstmals öffentlich auf die Seite der Demonstranten gestellt. Im Staatsfernsehen erkannte ein Sprecher der ägyptischen Streitkräfte gestern Abend die „Legitimität der Forderungen der Bevölkerung“ an und versprach, die Meinungsfreiheit zu verteidigen. Zudem erklärte er, das Militär werde „keine Gewalt gegen die Öffentlichkeit einsetzen“.

Die Erklärung war das bislang stärkste Anzeichen dafür, dass die mächtige Armee sich von Präsident Hosni Mubarak abwenden könnte. Heute werden über eine Million Menschen zu einer Großdemonstration in Kairo erwartet – so viele wie noch nie. Auch am Montagabend versammelten sich trotz Ausgangssperre wieder Zehntausende auf dem zentralen Tahrir-Platz in Kairo. Die Kundgebungs Teilnehmer forderten erneut den Rücktritt Mubaraks.

Der Aufstand gegen den seit fast 30 Jahren regierenden Präsidenten hat die ägyptische Wirtschaft zusammenbrechen lassen. Deutsche und internationale Unternehmen ziehen wegen der Unruhen im großen Stil ihre Mitarbeiter aus dem Land ab oder stoppen die Produktion vor Ort. Chaos und Gewalt in vielen Städten und die Angst vor einer Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens trieben den Ölpreis gestern erstmals seit über zwei Jahren auf mehr als 100 Dollar pro Fass der Sorte Brent.

Ägypten spielt zwar kaum eine Rolle als Förderland, allerdings läuft ein erheblicher Teil der Öllieferungen über den Sueskanal – eine der wichtigsten Wasserstraßen der Welt. Sollte

„Wir werden keine Gewalt gegen die Bürger einsetzen“

EIN MILITÄRSPRECHER

der Schiffsverkehr hier beeinträchtigt werden, hätte dies schwerwiegende Folgen: Knapp zehn Prozent des gesamten Seehandels wären betroffen. Als Standort für westliche Konzerne ist Ägypten zudem von Bedeutung, weil es das bevölkerungsreichste Land der Region ist.

Die Konzerne BASF, Daimler, BMW, Nissan und Heineken kündigten inzwischen an, ihre Produktion vor Ort vorerst stillzulegen. BMW etwa hatte in einem Werk nahe der Hauptstadt Kairo zuletzt 3000 Autos pro Jahr gefertigt. „Eine Montage ist derzeit nicht möglich“, sagte ein Sprecher.

Auch der Autozulieferer Leoni musste die Produktion in einem Werk mit 4000 Mitarbeitern einstellen. Die britische Bank Barclays machte alle ihrer 65 ägyptischen Filialen dicht. Mehrere Energiekonzerne wie BP und Shell schlossen Büros vor Ort.

Zahlreiche Firmen kündigten gestern an, nach Ägypten entsandte Mitarbeiter so schnell wie möglich auszufliegen. Nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertages

(DIHK) sind in dem Land momentan ungefähr 18000 Menschen in deutschen Firmen beschäftigt. Laut US-Außenministerium haben inzwischen über 2400 Amerikaner darum gebeten, aus Ägypten evakuiert zu werden. „Die Investoren sind jetzt verunsichert und warten ab“, sagte Volker Treier, Nordafrika-Experte beim DIHK.

Zwar gibt es auf dem Sueskanal bislang keine bekannten Störungen. Allerdings wachsen die Sorgen, dass sich dies bei einer weiteren Eskalation ändern könnte. „Dass der Kanal geschlossen wird, ist im Moment unwahrscheinlich, aber es kann Einschränkungen geben, weil die Arbeiter dort Probleme haben“, sagte Jens Martin Jensen vom weltgrößten Supertankerbetreiber Frontline. Marco Dunand, Chef des Ölhändlers Mercuria, sagte der Financial Times: „Wir machen uns Sorgen wegen der Lage im Nahen Osten.“

Schwerpunkt: Seite 11, 12, 13  
Reaktion der Märkte: Seite 19  
Kommentar: Seite 25

## Schwäbische Heuschrecke

In aller Stille hat Baden-Württemberg Anleihen begeben, um den Einstieg bei EnBW bezahlen zu können. Geht die krude Kalkulation nicht auf, will das Land den Energiekonzern auspressen

Heinz-Roger Dohms, Frankfurt

Als fiskalpolitisches Ideal der CDU gilt gemeinhin die schwäbische Hausfrau. Anfang Dezember aber trat an ihre Stelle plötzlich das schwäbische Milchmädchen in Gestalt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus. Den mindestens 4,7 Mrd. Euro teuren Einstieg beim Stromkonzern EnBW, so rechnete Mappus damals vor, werde das Land mit den Einnahmen aus einer staatlichen Anleihe bezahlen. Damit finanziere sich der 45-prozentige EnBW-Anteil von selbst. Schließlich, so Mappus, sei die Dividendenrendite, die das Land erhalte, höher als der Zins, den man für die Anleihe zu entrichten habe.

Da staunten die Steuerzahler, und die Ökonomen wunderten sich.

Nun, zwei Monate später, lässt sich Mappus' Milchmädchenrechnung erstmals aufschlüsseln. Weitgehend unbemerkt hat die Landestochter Neckarpi GmbH bereits am 17. Januar zwei Anleihen über 4,5 Mrd. Euro aufgelegt, wie Daten der Börse Stuttgart zeigen. Zwar macht sich der kräftige Zinsanstieg der vergangenen Wochen bei der Emission bemerkbar – dank moderater Laufzeiten von drei und sechs Jahren kommt das Land aber dennoch scheinbar billig weg: Mit 1,90 Prozent und 2,84 Prozent lassen sich die Investoren die beiden Papiere verzinsen. Das bleibt in der Tat unter der Dividendenrendite von EnBW, legt man die jüngste Ausschüttung von 1,53 Euro je Aktie zugrunde: 41,50 Euro zahlt das Land pro Anteilsschein. Macht eine Rendite von 3,69 Prozent.

Geht die Mappus-Rechnung also wirklich auf? Und wenn ja: Warum hat der Ministerpräsident

die erfolgreiche Anleiheplatzierung dann nicht publik gemacht? Und warum waren Finanzministerium und Staatskanzlei vergangene Woche selbst auf Anfrage zu keinerlei Stellungnahme bereit?

Vermutlich, weil auch Mappus inzwischen weiß, dass seine Kalkulation selbst die simpelsten Faktoren außer Acht lässt: Was etwa ist mit den Millionengebühren für die diversen Transaktionen? Was passiert, wenn der EnBW-Kurs sinkt? Und was, wenn der Gewinn einbricht?

Immerhin, für letzteren Fall hat Mappus vorgesorgt, wie aus Unterlagen rund um den Milliardendeal hervorgeht: Fällt der Gewinn des Stromversorgers, will die Stuttgarter Staatskanzlei einfach nach Heuschreckenmanier eine Erhöhung der Ausschüttungsquote durchsetzen. Anders ausgedrückt: Das schwäbische Milchmädchen macht sich daran, den EnBW-Konzern kräftig zu melken.

C50937  
22/05  
4 195093 702101 2 005  
Abonnentenservice 0800-0808182 Anruf kostenlos  
Schweiz 4,40 sfr · Österreich 2,70 €  
Belgien 2,70 € · Luxemburg 2,70 €